

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(130. - öffentliche - Sitzung am 11. Februar 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/9364](#)

dazu: **Eingabe 01710/03/10** und **Eingabe 01711/03/19**

Der federführende Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen. Ferner führt er eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durch. Angehört werden:

- Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion
- DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Niedersächsischer Richterbund
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens (nur schriftliche Stellungnahme)

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5313](#)

dazu: **Eingabe 00945/03/19**

Der federführende Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, hört den Einsender der in die Beratung des Gesetzentwurfs einbezogenen Eingabe 00945/03/19 an und setzt die Beratung fort.

3. **Vorlagen**

Vorlage 288 (MF) Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (04 01, 06 23, 06 45, 06 79, 08 01, 15 01)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

4. a) **Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz 31. Sitzung des Stabilitätsrates am 12. Juni 2025**
Unterrichtung - [Drs. 19/7658](#)
- b) **Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz 32. und 33. Sitzung des Stabilitätsrates am 17. Juli 2025 und 7. Oktober 2025 sowie Stabilitätsbericht Niedersachsen 2025**
Unterrichtung - [Drs. 19/8683](#)
- c) **Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz (StabiRatG), 34. Sitzung des Stabilitätsrates am 9. Dezember 2025**
Unterrichtung - [Drs. 19/9526](#)

dazu: **Vorlage 289** (MF) Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen über wesentliche Themen des Stabilitätsrates im Jahr 2025 (§ 9 Stabilitätsratsgesetz)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtungen und die Vorlage 289 zur Kenntnis.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand der Gespräche in Sachen Offshore-Gewerbsteuer**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU zu und bittet die Landesregierung um Unterrichtung in seiner für den 18. Februar 2026 vorgesehenen Sitzung.